

„Yes, they can!“ Die faszinierenden Präsidentschaftsvorwahlen 2008 in den USA

Martin Thunert



Martin Thunert

Nach der Dramaturgie der beiden großen politischen Parteien in den USA, Demokraten und Republikaner, wäre am Aschermittwoch alles vorbei gewesen. Der Präsidentschaftsvorwahlkampf 2008 sollte bereits am sogenannten „Super-Dienstag“, dem 5. Februar 2008, mit einem klaren Spitzenreiter in beiden Parteien de facto enden. Am Ende dieses Tages hatte mehr als die Hälfte aller US-Bundesstaaten Vorwahlen (Primaries) oder Parteiversammlungen (Caucuses) zur Kandidatennominierung abgehalten, alleine am Super-Dienstag selbst war in mehr als 20 Bundesstaaten gewählt worden. Aber es kam anders. Die gefühlte erste Halbzeit des Vorwahlzykluses brachte nur in einer der beiden großen US-Parteien etwas mehr als ein Zwischenergebnis. Innerhalb des Bewerberfeldes der Republikanischen Partei baute sich der Vorsprung Senator John McCains aus Arizona beim Sammeln von Delegiertenstimmen faktisch uneinholbar aus. Das Ausscheiden seines bis dahin schärfsten Rivalen Mitt Romney, ehemaliger Gouverneur aus Massachusetts, wenige Tage später, bestätigte diesen Befund. Bei den Demokraten verfestigte der Super-Dienstag das Kopf-an-Kopf Rennen zwischen den Senatoren Barack Obama und Hillary Rodham Clinton.

Die Republikaner: Der Durchbruch John McCains

Bei den Republikanern ist das Verfahren der Delegiertenvergabe vergleichsweise einfach: wer in einem Bundesstaat die einfache Mehrheit der Wählerstimmen erringt, erhält sämtliche dort zu vergebenen Parteitage delegierten. Nach Abschluss der im Februar 2008 absolvierten Vorwahlen fehlen Senator John McCain nur noch wenige Stimmen zur absoluten Mehrheit der Delegiertenstimmen auf dem Nominierungsparteitag Ende August 2008 in Minneapolis/St. Paul. Sein einzig verbliebener Rivale, der ehemalige Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee, liegt nach Delegiertenzahlen hoffnungslos zurück. Huckabees große Erfolge blieben bisher auf die dem ökonomischen Populismus zuneigenden und dem Internationalismus kritisch gegenüberstehenden Regionen des Mittelwestens und der Prärien beschränkt. Gleichwohl ist McCain bisher noch kein souveräner Sieger. Huckabees hartnäckiges Weigern aufzugeben und sich wie Romney hinter McCain zu stellen, um im Parteiinteresse Geschlossenheit zu demonstrieren, macht die Verwerfungen innerhalb des großen Wählerzeltes der in den USA als „Grand

Mike Huckabee

Mitt Romney

Grand Old Party Old Party“ bezeichneten Republikaner sichtbar. Das unerwartet starke Abschneiden des populistischen Außenseiterkandidaten Huckabee unterstreicht, dass breite Schichten gerade des konservativen amerikanischen Bevölkerungsteils das Vertrauen in die traditionellen Führungseliten verloren haben. Für diese Führungsschicht stand niemand exemplarischer als der gescheiterte Kandidat Mitt Romney. Huckabee dagegen fordert nicht nur gemäßigte Parteifreunde wie McCain, sondern auch wirtschaftsliberale Führungspersonen und kulturelle Ikonen der konservativen Bewegungen wie den Talk-Radiomoderator Rush Limbaugh frontal heraus, in dem er ihre Definitionshoheit und Führungsrolle angreift. Für Huckabee sind die New Yorker Wall Street und die Washingtoner Lobbyistenmeile K-Street nicht die Kraftzentren der konservativen Bewegung, sondern deren Problemzonen. Die sehr wahrscheinliche Nominierung des „unabhängigen“ und in sozialmoralischen Fragen gemäßigten Konservativen“ John McCain gepaart mit den Erfolgen des Populisten Huckabee leitet einen Umbruch in den Kräfteverhältnissen innerhalb der Republikaner und eine Neuausrichtung dessen ein, wofür die Republikanische Partei in Zukunft stehen wird. Ob der 71 Jahre alte John McCain – mit einem jüngeren Anwärter auf die Vizepräsidentschaft – in der Lage sein wird, ein neues Leitbild der Republikanischen Partei zu entwerfen und darauf eine neue und mehrheitsfähige Wählerkoalition zu schmieden – und das Ganze binnen eines knappen Jahres – ist fraglich. Ein solches Leitbild müsste die Abstiegsängste und Sicherheitsbedürfnisse der unteren Mittelschichten ernst nehmen ohne die Wall Street Elite, Big Business, die kleinen Kaufleute und Selbstständigen zu verprellen. Er müsste Perspektiven einer potenziell parteiübergreifenden Außenpolitik enthalten, müsste ein positives Verhältnis zur ethno-kulturellen Vielfalt der Supermacht entwickeln, statt in der Einwanderungsfrage an xenophobische Ängste in der Bevölkerung zu appellie-

Zurückdrängen der Lobbyistenmacht saubere Politikfinanzierung

Neuausrichtung der Republikanischen Partei

ren. McCain hat sich als Senator über Jahre nicht nur mit den religiösen Fundamentalisten seiner Partei, sondern auch mit Teilen der Wirtschaftseliten angelegt, in dem er vehement für ein Zurückdrängen der Lobbyistenmacht und eine saubere Politikfinanzierung eintrat. McCain ist ein außen- und sicherheitspolitischer Falke, der die Truppenaufstockung im Irak vor Jahresfrist so sehr unterstützte, dass seine eigenen Anhänger sich von ihm abzuwenden drohten. Gleichwohl ist McCain für die Aufgabe einer Neudefinition des Republikanertums besser geeignet als jeder andere Präsidentschaftsbewerber der Partei im Jahr 2008. Ob er für seine Aufgabe auch die Unterstützung der Wirtschaftseliten und vor allem des religiös-konservativen Establishments erhalten wird, steht noch aus. Insbesondere für Teile der religiös-medialen Kraftzentren innerhalb und außerhalb der Partei ist das ideologische Kontrolle behalten über eine Partei auf der Verliererstraße wichtiger als das Gewinnen mit einem neuen Leitbild und neuen Kandidaten, über die man keine Kontrolle mehr hat. Sollten die fundamentalistischen Kräfte der Republikanischen Partei, die McCain einst treffend als „Agenten der Intoleranz“ bezeichnete, die Oberhand behalten und McCain durch Wahlabstinenz auf breiter Front die Unterstützung versagen, wird die Republikanische Partei ihren Neuerfindungsprozess in der Nach-Bush-Ära außerhalb der Machtkorridore in Washington vornehmen müssen.

Doppelter Wechselwunsch bei den Demokraten?

Auf Seite der Demokratischen Partei ist die Lage vor dem Endspurt der Vorwahlphase unübersichtlicher. Dies liegt auch an einem sehr komplizierten Schlüssel bei der Delegiertenvergabe, der – grob gesprochen – eine proportionale Verteilung der gewonnenen Delegierten nach dem prozentualen Anteil

der Wählerstimmen vorsieht. Zudem haben mehr als 800 sog. „Superdelegierte“, die sich aus Würdenträgern, hohen Funktionären und Amtsinhabern der Demokratischen Partei zusammensetzen auf dem Nominierungsparteitag Anfang September 2008 in Denver Stimmrecht. Bei ca. 4250 Delegierten und knappen Wahlergebnissen – Ende Februar 2008 fehlen sowohl dem Spitzenreiter Barack Obama, als auch der Zweitplatzierten Hillary Clinton noch Hunderte von Delegierten zur absoluten Mehrheit – ist es wahrscheinlich, dass die Stimmen der Superdelegierten, die in ihrer Entscheidung frei sind, den Ausschlag geben werden. Außerdem ist unklar, was mit den Delegierten der Staaten Florida und Michigan geschehen wird, die sich trotz Androhung der Verbannung ihrer Delegierten vom Parteitag und entgegen des Wunsches der nationalen Parteiführung für sehr frühe Vorwahlen im Januar ausgesprochen hatten.

Insgesamt bestimmt bei den sehr stark mobilisierten Anhängern der Demokraten der diffuse Wunsch nach Wechsel und Veränderung die bisherige Vorwahlsaison. Einem Teil der demokratischen Wähler, insbesondere den älteren weißen Wählern mit niedriger bis mittlerer Schulbildung und mittleren Einkommen sowie den Latinos geht es dabei in erster Linie um einen parteipolitischen Wechsel im Weißen Haus nach 2009. Für Durchschnittsverdiener, aber auch für die Mehrheit der Rentner waren die Bush-Jahre wirtschaftlich und sozialpolitisch magere Zeiten. Die Latinos verübeln der Republikanischen Partei ihre zunehmend restriktivere Haltung in Zuwanderungsfragen. Mit der New Yorker Senator Hillary Rodham Clinton verfügen diese in „einfacher“ Wechselstimmung befindlichen Parteianhänger der Demokraten über eine erfahrene, sozial- und wirtschaftspolitisch ausgewiesene, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner kampferprobte und zudem außen- und sicherheitspolitisch versierte Kandidatin, deren Ehe-

mann, der von 1993 bis 2001 amtierende 42. Präsident der USA, Bill Clinton, diese Wählerklientel an bessere wirtschaftliche Zeiten erinnert. Diese Unterstützung in Verbindung mit der Anziehungskraft der ehemaligen First Lady insbesondere auf reifere Wählerinnen machte Hillary Clinton über Monate zu einer nahezu unvermeidlichen Präsidentschaftskandidatin der Partei. Kurz vor Beginn der Vorwahlsaison wurde jedoch für alle sichtbar, was bisher im Verborgenen schlummerte und sich lediglich intimen Kennern der Parteibasis offenbart hatte: insbesondere jüngeren, gut ausgebildeten und besser verdienenden Anhängern der Demokraten geht es um weit mehr geht als um einen Politikwechsel im Weißen Haus durch einen Sieg ihrer Partei bei den Präsidentschaftswahlen am 4. November 2008 oder um eine Restauration der Clinton-Ära. Diese besser gestellten Wählergruppen innerhalb der Demokraten treibt weniger die Erinnerung an die Wirtschaftspolitik der Bill Clinton-Jahre als das Verlangen, die politische Ära der Polarisierung der politischen Klasse der USA und der gesellschaftlichen Spaltung sowie den dazu gehörigen Politikstil der Negativität hinter sich zu lassen. Ein Teil dieses Wählersegments hält die Regierungszeit Bill Clintons darüber hinaus für eine wenig attraktive und daher zu überwindende Epoche fauler politischer Kompromisse mit einer radikalisierten Republikanischen Partei, die zudem auf dem diskursiven Terrain des politischen Gegners stattfanden. Der doppelte Wechselwunsch dieser zur politischen Bewegung angewachsenen Wählersegmente der Demokratischen Partei hat den Sohn eines schwarzen afrikanischen Vaters und einer weißen amerikanischen Mutter, Senator Barack Obama aus Chicago, der seine Kindheit in Hawaii und Indonesien verbrachte, bei Redaktionsschluss dieses Beitrags zum Spitzenreiter der beiden noch verbliebenen demokratischen Kandidaten gemacht. Obama gewann nach

Superdelegierte

Barack Obama

Hillary Clinton

Florida und
Michigan

besser gestellte
Wählergruppen

ältere weiße Wähler
mit niedriger bis
mittlerer
Schulbildung und
mittleren
Einkommen

Latinos

dem Super-Dienstag alle elf weiteren im Monat Februar 2008 von seiner Partei durchgeführten Vorwahlen und verwies Hillary Clinton, die Favoritin des Jahres 2007, überraschend deutlich auf die Ränge. Landesweite Umfragen behaupten, dass sich eine knappe Mehrheit der demokratischen Anhänger für Obama aussprechen und dass er in den Augen befragter Demokraten und Republikaner mittlerweile als der aussichtsreichere Kandidat gegen John McCain gelten kann. Programmatisch unterscheiden sich die beiden Duellanten der Demokraten allenfalls in Nuancen: beiden wollen den Truppenabzug aus dem Irak in den beiden ersten Monaten ihrer Amtszeit einleiten, obwohl Clinton dem Irak-Krieg 2002 zunächst als Senatorin ihre Zustimmung gegeben hatte, während Obama, als Landespolitiker seinerzeit nicht wirklich zu einer Entscheidung verpflichtet, beansprucht, den Irak-Krieg von Anbeginn abgelehnt zu haben. Beide wollen eine umfassende Krankenversicherung, unterscheiden sich aber im Grad der Absicherung der US-Bürger. Hillary Clinton möchte die Versicherungspflicht für alle Amerikaner, Obama für überwiegende Mehrzahl.

Statt um programmatische und inhaltliche Differenzen geht es im Duell Clinton und Obama um Fragen des Politikstils, um die Symbolik von Vergangenheit und Zukunft, um Glaubwürdigkeit und Charakter sowie um Wählbarkeit, unterschwellig aber auch um Fragen nach Rasse, Klasse und Geschlecht. Der Kontext der amerikanischen Politik hat sich aus Sicht der Anhänger der demokratischen Partei im Laufe der „invisible primary“ – so bezeichnet man die seit Januar 2007 währende Phase vor Beginn der „offiziellen“ Vorwahlen – dramatisch verändert. Anders als 2004 scheint die Wahl innerhalb der Anhängerschaft der Demokraten nicht länger unter dem Vorzeichen terroristischer Gefahren, akuter weltpolitischer Bedrohung durch Irak, Iran oder Nordkorea oder unter dem Primat des Sicherheits-

themas zu stehen. Die scheinbare Entspannung der weltpolitischen Lage nach dem Geheimdienstbericht zu Iran von Ende November 2007 schadete Hillary Clinton zusätzlich, da eine scheinbar entspanntere Lage das Wagnis eines bedingungslosen Neuanfangs mit einem inspirierenden, aber unerfahrenen Kandidaten kalkulierbar macht, zumal die Demokraten vor vier Jahren mit einem erfahrenen und realistischen Kandidaten – dem Vietnam-Veteranen John Kerry – bekanntlich verloren hatten. Zudem ist es Obama im Laufe des Vorwahlkampfes langsam aber stetig gelungen, die Zweifel an seiner Sachkompetenz und seinen Führungsqualitäten zu reduzieren.

Eine knappe Mehrheit der Wähler der Demokratischen Partei scheinen einen kompletten Neuanfang zu wünschen, den nur Obama, nicht aber Clinton verkörpert. Der Wert langjähriger Regierungs- und Legislativpraxis gepaart mit politischer Kampferfahrung und Fachkenntnis wird eher gering geschätzt. Die Vorwahlen von 2008 innerhalb der Demokratischen Partei wurden daher auch zu einem Referendum über die Clinton-Ära der 90er Jahre. Hillary Clintons Kandidatur steht nicht nur für Anknüpfung und personelle Kontinuität zu den 90er Jahren, sondern auch für eine inhaltliche Vollendung der großen unvollendeten Projekte der Clinton-Jahre wie die Gesundheitsreform. In der jungen Generation der Demokraten scheint es keine Nostalgie für die Clinton-Jahre zu geben, das Clintonsche Erbe wird als ambivalent eingeschätzt, nicht wenige Wähler wollen verhindern, dass das seit 1988 anhaltende Wechselspiel Bush-Clinton-Bush für weitere vier bis acht Jahre weitergeht.

Bisherige Lektionen des Vorwahlkampfes 2008

Aus parteiübergreifender Sicht brachte der Vorwahlkampf zum Teil neue und

umfassende Krankenversicherung

Politikstil

Glaubwürdigkeit und Charakter

Rasse und Geschlecht

Gesundheitsreform

überraschende Erkenntnisse – einige Beispiele: Wahlerfolg ist nicht direkt proportional zu den im Wahlkampf eingesetzten Geldern und Ressourcen. Wäre dies der Fall, hießen die sicheren Kandidaten nicht McCain und vielleicht Obama, sondern Romney und Clinton. Der Vorwahlkampf 2008 enthält trotz immenser Kosten die beruhigende Botschaft, dass Wahlkämpfe und Wahlerfolge selbst in den USA nicht oder nur in bestimmten Umständen gekauft werden können, ansonsten wäre ressourcenschwache Kandidaten wie McCain nicht so erfolgreich. Von zentraler Bedeutung sind vielmehr die Wahlkampfbotschaft und die Wahlkampfstrategie. Die Beispiele Romney und Clinton zeigen, dass ein Amtsinhaber- und Erfahrungswahlkampf riskant ist, wenn Wechselstimmung herrscht. Die zu starke Fokussierung auf Umfragen kann in einer fluiden Umgebung mit diffuser Wechselstimmung trügerisch sein. Umfragen verführen dazu, die Momentaufnahmen der jüngsten Vergangenheit in die Zukunft fortzuschreiben und dabei die Wechselstimmung zu unterschätzen.

Eine zweite Überraschung: Die Kandidaten der Demokratischen Partei – insbesondere Barack Obama und Hillary Clinton – haben mehr Wahlkampfgelder gesammelt als die Kandidaten der Republikaner – der vermeintlichen Partei des großen Geldes: zwischen dem 1.1. 2007 und dem 31.1. 2008 sammelten von den Ende Februar 2008 verbliebenen Kandidaten Gelder wie folgt: Demokraten: Obama \$ 137 Millionen, Clinton \$ 118 Mio.; Republikaner: McCain \$48 Mill., Huckabee \$13 Mill. Für welche Posten wurden die Gelder ausgegeben¹: Für Medienwerbung, Umfragen und „Wählerkontakte“ gaben die Kandidaten zwischen 40 und 50% ihres Budgets aus. (Obama 50%, Clinton 42%, McCain 40%, Huckabee 48%). Für Gehälter wurden zwischen 7% und 15% aufgewendet. (Obama 15%, Clinton 15%, McCain 11%, Huckabee 7%). Reisekosten sind in der Regel der dritt-

größte Einzelposten. Auf sie entfallen zwischen 9 und 15%. (Obama 10%, Clinton 12%, McCain 9%, Huckabee 15%). Es folgen administrative Kosten zwischen 10-16% und sonstige Aufwendungen zwischen 13 und 28%.

Ursachen für Niederlagen und Erfolge

Bei den Republikanern schlug die Strategie des ehemaliger Bürgermeisters von New York, Rudolph Giuliani, die ersten Vorwahlen in kleineren Bundesstaaten wie Iowa und New Hampshire auszulassen und seine Kräfte voll und ganz auf die Vorwahl im bevölkerungsreichen Florida am 29.1.2008 zu konzentrieren, komplett fehl. Die (Medien)Aufmerksamkeit, die den republikanischen Siegern der frühen Primaries – Huckabee, McCain und Romney – zuteil wurde, entwickelte auch in Florida einen Schwung, dem Giuliani Wochen später nichts entgegenzusetzen hatte. Dem wirtschaftskompetenten Kandidaten Romney, mormonischen Glaubens, fehlte schlicht die Authentizität, sein Bemühen, es allen Teilen der Republikaner Recht zu machen und dabei eigene Positionen aufzugeben, wirkte zu bemüht und künstlich, um zu überzeugen.

Auf der Seite der Demokratischen Partei wird der Präsidentschaftskandidat 2008 in jedem Fall Geschichte schreiben, denn entweder nominiert die Partei die erste Frau oder den ersten Afroamerikaner für das höchste Amt im Staate und das noch immer machtvollste der Welt. Dies bedeutet aber auch, dass einer von zwei potenziell „historischen“ Kandidaten bei der Nominierung scheitern wird. Sollte Barack Obama auf der Strecke bleiben, wird dies weniger Analysebedarf hervorrufen, als dies im Falle eines Scheiterns von Hillary Clinton der Fall wäre. In dieser Konstellation war es für den sehr wohlhabenden weißen Ex-Senator und Prozessanwalt John Ed-

Wahlerfolg ist nicht direkt proportional zu den im Wahlkampf eingesetzten Geldern und Ressourcen.

Wahlkampf-
botschaft

Wahlkampfstrategie

zu starke
Fokussierung auf
Umfragen

Die Kandidaten der Demokratischen Partei haben mehr Wahlkampfgelder gesammelt als die Kandidaten der Republikaner

entweder nominiert die Partei die erste Frau oder den ersten Afroamerikaner für das höchste Amt im Staate

John Edwards

wards, der sich früh als populistischer Arbeiterfreund präsentierte, sehr schwer, gegen die „historischen“ Kandidaturen einer Frau und eines schwarzen Amerikaners anzukommen.

Sollte Hillary Clinton die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin versagt bleiben, so ist dies auch auf eine Mischung äußerer, von der Clinton-Kampagne kaum beeinflussbarer Umstände und interner Managementfehler zuzuschreiben. Gegen eine soziale Bewegung, die Aufbruchstimmung verbreitet, Wahlkampf zu machen, sei schwer, so war aus dem Beraterumfeld der Kandidatin Clinton zu hören. Die Präferenz der den Demokraten zugeneigten Meinungsmacher und weiter Teile der kulturellen Elite für Obama ist der Hauptgrund, dass dieser in der Presse bisher weitaus weniger penetrant ausgeforscht wurde als Hillary Clinton². Zu den hausgemachten Managementfehlern der Clinton-Kampagne gehört eine falsche Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Anders ist kaum zu erklären, weshalb das Wahlkampfteam der New Yorker Senatorin das Geld im Januar 2008 mit vollen Händen ausgab, um kurz danach fast pleite zu gehen. Clinton startete den kritischen Vorwahlmonat Januar 2008 mit einem Kontovorsprung von 6 Millionen \$ vor ihrem schärfsten Konkurrenten Barack Obama – sie verfügte über 19 Mio. \$, er über 13 Mio. \$ Beide Kampagnen gaben ca. 1 Million \$ pro Januartag aus, allerdings nahm Clinton deutlich weniger ein als der zumeist siegreiche Obama und beendete den Monat vor Super-Dienstag mit einem Defizit. Folge: Clinton musste ihrer Kampagne einen Privatkredit von 5 Mio. \$ zukommen lassen, während Obama für die Zeit nach Super-Dienstag eine Kasse von mehr als 19 Mio. \$ besaß. Im Januar 2008 ließen Obamas Überraschungssiege vor allem in Iowa und South Carolina seine Kasse um das Eineinhalbfache der Clintonschen Vorräte anwachsen. Folge: Obama hatte für Fernsehwerbespots 4 Mio. \$ mehr zur Verfügung als Clinton, er sendete ca. 3000 Werbespots mehr als die Senatorin

von New York – speziell auch in Bundesstaaten, die erst nach dem Super-Dienstag wählen würden. Nach dem Super-Dienstag verlor Obama im Monat Februar 2008 keine einzige Vorwahl. Den für sein Abschneiden bei weißen männlichen Wählern aus der Arbeiterschicht zentralen Bundesstaat Missouri überzog Obama vor dem Super-Dienstag mit einer Werbeflut von 1 331 Spots. Er gewann diesen hart umkämpften Staat mit einem Vorsprung von 1% und bewies, dass er auch Staaten, die sozialstrukturell Clinton zuneigen müssten, gewinnen kann.

Würde man Clinton ihre Ausgabenpraxis vorwerfen, wenn sie häufiger gewonnen hätte und vorne läge? Vermutlich nicht. Die Wahlkampfstrategien der Gewinner gelten im Nachhinein meist als intelligent und clever, die der Verlierer als dumm und fehlerbehaftet. Auch Barack Obama stützt sich auf sehr gut bezahlte Wahlkampfmanager wie seinen Strategen Robert Axelrod, der allein im Januar 2008 175 000 \$ für seine Dienste erhielt³. Dennoch zeigt das Management der Clinton-Finzen zwei Kardinalfehler – einen auf Einnahmeseite und einen auf der Ausgabenseite: Auf der Einnahmeseite sind Individualspenden pro Wahlkampfphase (Vorwahlen im Frühjahr sowie Hauptwahl im Herbst) auf maximal 2 300 \$ pro Person und Phase begrenzt. 53% der Spender Hillary Clintons spendeten diesen Höchstbetrag bereits vor dem Super-Dienstag, aber nur 32% der Geldgeber für Barack Obama⁴. 42% aller Obama-Spender und 48% aller Huckabee-Spender spendeten bis 31.1.2008 weniger als 500 \$, was bedeutet, dass bei diesen bei der Fortdauer des Vorwahlkampfes über den Super-Dienstag hinaus um weitere Spenden nachgesucht werden kann. Bei Hillary Clinton kamen nur 20% der Spender aus dem Kleinspendenbereich, eine deutlich schmalere Geldspenderbasis. Da bei 53% der Clinton-Spender die Finanzierungsobergrenze bereits vor dem Super-Dienstag ausgeschöpft war, benötigte sie anders als Obama für den weiteren Ver-

Obamanie

hausgemachte
Managementfehler

Wahlkampfmanager

Individualspenden

lauf der Vorwahlsaison weitaus mehr neue Spender, während Obama eine große Zahl von Kleinspendern um weitere Geldüberweisungen bitten konnte. Die Fixierung der Kampagne auf ein schnelles Ende des Vorwahlzykluses war auch auf der Ausgabenseite zu erkennen. Nur das Beste war für das Wahlkampfteam der New Yorker Senatorin gut genug. In Las Vegas diente die Nobel-Herberge Bellagio als Unterkunft zum Preis von 25 000 \$. Das Clinton-Team führte Wahlkampf im Präsidialstil eines Amtsinhabers – die größten Flugzeuge, die besten Hotels, die teuersten Restaurants, die teuersten New Yorker Beratungs- und Werbefirmen.

Profile

In den Vorwahlen der Demokraten war Obama der eindeutige Favorit der schwarzen Wähler, aber er war weit mehr: er war zudem der Kandidat der weißen Männer und der jüngeren Wähler. Andererseits waren die Vorbehalte hispanischer und asiatisch-stämmiger Wähler gegen Obama – zumindest bis zum Super-Dienstag – unübersehbar. Sie haben unzweifelhaft auch mit seiner Hautfarbe zu tun. Obama ist nicht der Bannerträger einer Regenbogenkoalition, die es so nicht gibt. Seine Bewegung ist in erster Linie eine von jungen Leuten und Prominenten getragene Welle, die mittlerweile die übergroße Mehrheit der Schwarzen erfasst hat und die insbesondere bei Besserverdienenden und höher Gebildeten auf große Resonanz stößt.

Hillary Clinton war bis zur Vorwahl in Wisconsin am 19.2.2008 dagegen die Kandidatin der weißen und insbesondere der urbanen weiblichen Arbeiter- und Mittelschicht, Hispanics und der den Demokraten zuneigenden Asiaten. Bei den weniger gut gestellten Amerikanern tut sie sich lediglich bei weißen Männern der ländlicheren Gebiete schwer. Obamas noch immer mögliches Schei-

tern innerhalb der Demokratischen Partei auf Rassismus oder seine Hautfarbe zurückzuführen, greift insgesamt zu kurz. Eine ganz andere Frage ist, ob Hautfarbe und Rasse Obamas Chancen bei der Präsidentschaftswahl im Herbst beeinträchtigen würden, wenn nicht nur die Sympathisanten der Demokraten, sondern alle Wähler über eine möglichen schwarzen Präsidenten abstimmen dürfen. Die Gründe für ein mögliches Scheitern Hillary Clintons im Nominierungsprozess der Demokraten sind indes vielschichtiger. Neben den bereits genannten Managementfehlern des Wahlkampfteams kursieren unterschiedliche Theorien: Wird Clinton der lange Schatten ihrer Irak-Abstimmung von 2002 zum Verhängnis? War der häufige und zumeist sehr parteiische Einsatz des Ex-Präsidenten und Ehemanns Bill Clinton kontraproduktiv? Hat Bill Clinton die „Clinton-Müdigkeit“ in der demokratischen Wählerschaft erweckt, statt die Erinnerung an vermeintlich goldene Zeiten wachzurufen? Wurde die unzweifelhafte Popularität der Person Bill Clinton fälschlich als Zustimmung zu seiner damaligen Regierungspolitik und als ein Wunsch nach seiner Rückkehr fehlinterpretiert? Hat die im Vorwahlkampf sehr sichtbare Einmischung Bill Clintons die Wähler zu sehr auf eine mögliche, aber ungewünschte Schattenpräsidentschaft des 42. Präsidenten im Rücken der möglichen 44. Präsidentin hingewiesen? Umfragen von New York Times/CBS von Ende Februar 2008 bestätigen die Vermutung, dass die Popularität des 42. Präsidenten im Laufe des Vorwahlkampfes kontinuierlich abnahm⁵.

Lehnt eine Mehrheit der Demokraten eine starke und kompetente Politikerin ab oder geht es um eine Zurückweisung der Person Hillary Clinton? Die Motive der Pro-Obama – Koalition aus weißen Männern des Mittelwestens, Schwarzen und einer postfeministischen Jugend, für den Senator aus Illinois und nicht für die natürliche Favoritin aus New York zu stimmen, mögen unter-

Obamas Chancen bei der Präsidentschaftswahl im Herbst

Obama

Clinton

schiedlich sein, ganz auszuschließen ist indes nicht, dass eine starke und „tough“ wirkende Politikerin auch in eigenen Kreisen als „kulturell unattraktiv“ gilt. Haben die unentschiedenen Wähler unter den demokratischen Anhängern mehr Vorbehalte gegen einen schwarzen Mann, der nicht explizit aus der Bürgerrechtsbewegung stammt oder gegen eine Frau, die sich zeitlebens für Emanzipation und Frauenrechte eingesetzt hat? Fast alle Daten zeigen, dass bei vorurteilsbeladenen Amerikanern – insbesondere wenn sie männlichen Geschlechts sind – der Sexismus stärker motiviert als der Rassismus. Die Mehrheit der Analytiker – stellvertretend für viele die New York Times Kolumnisten und Obama-Unterstützer Maureen Dowd und Frank Rich – neigt indes der Auffassung zu, es handle sich nicht um die Zurückweisung einer weiblichen Präsidentschaftskandidatin per se, sondern um einen spezifischen Anti-Hillary-Effekt, gespeist aus dem Charakter, der Vergangenheit und der Selbstdarstellung dieser spezifischen Kandidatin während des Vorwahlkampfes. Nach dieser Lesart ist Hillary schlicht die falsche Frau zur falschen Zeit.

Anti-Hillary-Effekt

die aussichtsreichste weibliche Präsidentschaftskandidatin

Andererseits dürfte Hillary Clinton auf absehbare Zeit die aussichtsreichste weibliche Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei – vielleicht sogar der gesamten politischen Klasse der USA – gewesen sein. Wer Hillary Clinton vorwirft, zu sehr auf Machtwillen, in der Vergangenheit zäh erworbene Kompetenz in männlich geprägten Politikfeldern wie Verteidigung, auf Auseinandersetzung und Konfrontation mit dem politischen Gegner usw. gesetzt zu haben, statt auf ein weniger konfliktorientiertes, klassisch weibliches Arsenal an politischen und wahlstrategischen Instrumenten zurückzugreifen, muss sich ernsthaft fragen lassen, ob eine Kandidatin, die diesen Rat beherzigt hätte und „weichere“ Qualitäten gezeigt hätte, überhaupt bis in die Nähe der Nominierung gelangt wäre.

zwei Drittel aller Wähler glauben, das Land bewege sich in die falsche Richtung

Gleichwohl kann und muss man Hillary Clinton die Frage stellen, ob sie die Eigendynamik der Vorwahlen innerhalb ihrer Partei nicht zu sehr unterschätzt und ihre Wahlstrategie zu früh auf die Logik der Hauptwahlen gegen einen republikanischen und männlichen Kandidaten ausgerichtet hat. Vermutlich sind insbesondere die jüngeren Wählerschichten der Demokraten nach knapp acht Jahren der Bush-Cheney-Administration für einen weicheren und emotionaleren Politikstil empfänglich und suchen 2008 nicht nur ein inhaltliches, sondern auch ein stilistisches und kulturelles Kontrastprogramm zum Macho-Stil der jetzigen Regierung. Vielleicht glaubte Hillary Clinton, in ihrer eigenen Anhängerschaft Schlachten schlagen zu müssen, die sie dort längst gewonnen hatte.

Zwischenresümee und Ausblick auf den November 2008

Ob Barack Obama aus Sicht der Demokratischen Partei der optimale Kandidat für Wahlen im Herbst sein wird, wird auch im Falle weiterer Vorwahlsiege umstritten bleiben. Seine Siegeschancen im November 2008 wären hoch, wenn sich die bei Demokraten verbreitete messianische Sehnsucht nach Neuanfang, auf die gesamte jüngere Bevölkerungsschicht der USA überträgt und dies die jüngeren Wähler überdurchschnittlich mobilisieren würde. Unvorstellbar ist dies nicht, wenn man bedenkt, dass mehr als zwei Drittel aller Wähler glauben, das Land bewege sich in die falsche Richtung und sich 9 von 10 Befragten für „change“ aussprechen. Die Wahlbeteiligung insbesondere jüngerer Wähler bei den Vorwahlen der Demokraten ist fast doppelt so hoch wie bei den Republikanern. Obamas Vision geeinter „Vereinigter Staaten von Amerika“ ohne tiefe gesellschaftliche und Verwerfun-

gen und politische Grabenkämpfe, sein Aufruf, gemeinsam das Land und später die Welt zu verbessern (yes, we can!), ist attraktiv, aber entbehrt nicht einer gewissen Realitätsferne. Welche nachhaltigen politischen Veränderungen wurden bisher in den USA ohne vehementen politischen Konflikt durchgesetzt? Wie beeindruckt würde sich die Lobbyindustrie Washingtons von einem Präsidenten Obama zeigen, würde die Polarisierung im Kongress und in den Medien über Nacht beendet werden? Die Sehnsucht nach einer geeinten Politik ist nach einem Jahrzehnt nahezu ungekannter Polarisierung der politischen Klasse sicherlich als hoch einzuschätzen, so hoch, dass sie Obama mindestens bis zur Nominierung nach Denver tragen könnte.

Eine ernste internationale Krise, die Rückkehr des Terrors ins Zentrum der US-Politik oder eine weitere drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Zuge der Immobilienkrise könnte das Blatt jedoch wenden und Obamas Aufstieg zu einem einmaligen Wintermärchen herabstufen. Er könnte sich dann im Spätsommer als der falsche Kandidat herausstellen und könnte von einem gemäßigten Republikaner wie John McCain, der Kompetenz und Sicherheit sowie Authentizität und Dienst am Vaterland verkörpert, entgegen der heute kursierenden Umfragen leichter geschlagen werden als die erfahrene und getestete Hillary Clinton. Die Angriffsflächen, die offenen und die eher verdeckten, die Obama für die republikanische „Angriffsmaschine“ bietet, werden heute zumeist unterschätzt. Eine Niederlage der Demokraten mit dem Spitzenkandidaten Obama würde die Partei traumatisieren und würde sie auf Jahre ihres Führungspersonals berauben, da in diesem Fall sowohl die begabtesten Kandidaten der Baby-Boomer Generation nicht mehr zur Verfügung stünden als auch der vielversprechendste Leuchtturm der nachfolgenden Generation bereits verbraucht wäre. Auch die Ambitionen von Minderheiten und von Frauen wären schwer beschädigt. Kein schwarzer Politi-

ker und keine Frau würden auf absehbare Zeit für das höchste Amt auf Seiten der Demokraten in Frage kommen. Eine Niederlage mit Hillary Clinton würde die Demokratische Partei zwar ebenfalls hart treffen, aber mit Barack Obama stünde dann eine natürliche und unverbrauchte Führungsfigur für 2012 und danach zur Verfügung

Insgesamt favorisieren strukturelle Faktoren 2008 den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei. Die Republikanische Partei ist heute so unbeliebt wie seit dem Ende der Nixon-Ära nicht mehr, die Wirtschaftslage wird von 75% der Wähler als schlecht eingeschätzt. Bei den halbwegs entschlossenen Wählern, die sich einer der beiden großen Parteien zugehörig fühlen, wächst der Vorsprung der Demokraten auf 50% zu 36%. Die Wählerschaft neigt bei fast allen politischen Sachfragen den Lösungsansätzen der Demokraten stärker zu als jenen der Republikaner. Einstellungen zu sozialmoralischen Fragen wie Homosexualität sind heute deutlich weniger konservativ als zum Höhepunkt der konservativen Welle 1994. Ähnliches gilt für die Intensität der Religiosität. Unabhängige, sich nicht einer der beiden Parteien zugehörig fühlende Wähler rücken bei fast allen Themenbereichen von den Positionen der Republikanischen Partei ab. Eine harte Linie in Einwanderungsfragen macht die Republikaner auch bei sozial konservativ eingestellten hispanischen Wählern und selbst bei vielen Asiaten unwählbar. Andererseits stellen mehr als 75% der Bürger nicht nur Präsident Bush, sondern auch dem von Demokraten kontrollierten Kongress verheerende Noten aus. Der gemäßigte Kandidat McCain ist jedoch bei geschicktem Vorgehen in der Lage, die Strukturdefizite seiner Partei in der Nach-Bush Ära zu kompensieren, wenn er die Unterstützung des gesamten Parteispektrums erhält.

Nachdem 2004 die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft im Vordergrund statt, wird sich die Aufmerksamkeit 2008 erneut den politisch nicht festgelegten

Eine Niederlage der Demokraten mit dem Spitzenkandidaten Obama würde die Partei traumatisieren

strukturelle Faktoren

politisch nicht festgelegte Wählerschichten in der Mitte

Wählerschichten in der Mitte zuwenden. Zu dieser Wählerkategorie zählen u.a. die sog. „Reagan Democrats“: Teile der nicht gewerkschaftlich orientierten Arbeiterschicht und der in Südstaaten lebenden Weißen mittlerer und unterer Einkommensschichten und Bildungsstandards, deren anti-kommunistischen Instinkte und sozial konservativen Werte z.B. bei den Themen Abtreibung und Homosexualität eine kulturell nach links driftende Demokratische Partei in den 80er Jahren nicht mehr ansprechen konnte. Ronald Reagan verstand es, diese Wählerschichten an sich zu binden, obwohl er ihnen eher rhetorisch als in der Substanz entgegenkam. In den 90er Jahren löste sich diese Wählergruppe wieder von den Republikanern und wanderte zum Teil zu den Neuen Demokraten Clintons zurück oder bildete den Unterstützungskern für die Reform Party des texanischen Unternehmers Ross Perot. Clintons chaotische beiden ersten Amtsjahre sowie Anfang des 21. Jahrhunderts der islamistische Terrorismus trieben die meisten Reagan-Democrats 1994 bzw. nach 2001 zur republikanischen Partei zurück – im Grunde bleibt diese Gruppierung jedoch bis heute politisch heimatlos. Sie sind keine überzeugten Anhänger einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik oder des Freihandels. 2006 liefen die Reagan Democrats bereits in Scharen zur Demokratischen Partei über. Die Wirtschaftsverbrechen der frühen Jahre des Jahrzehnts sowie die Korruptionsskandale der republikanischen Kongressmehrheit hatten den Ruf der Wirtschaft bzw. einer wirtschaftsnahen Partei schwer angeschlagen. Die Erfolglosigkeit im Irak und die Erkenntnis, dass es die einfachen Dienstgrade des Heeres und der Marines aus den Soldatenfamilien des Landesinneren sind, die den Blutzoll im Irak und die Schwerverletzten in der Hauptsache zu tragen hatten, gaben den isolationistischen Tendenzen dieser Bevölkerungsgruppe neue Nahrung.

2008 hat das US-Vorwahlsystem seine demokratische Attraktivität unter Beweis gestellt. Am Ende des Auswahlprozesses stehen den amerikanischen Wählern die seit Jahrzehnten stärksten und attraktivsten Präsidentschaftsanwärter zur Auswahl: ein Parteiaußensteher mit Heldenbiographie, eine sehr kompetente und erfahrene Politikerin und ein charismatischer und mitreißender Angehöriger einer Minderheit. Andere Demokratien können sich an diesem System ein Beispiel nehmen. Eines hat der Vorwahlprozess aber auch gezeigt: eine Präsidentschaftskandidatur ist nichts, was einem aufgrund von Status, Bekanntheitsgrad oder früherer Verdienst zusteht, sie muss aktiv in einer innerparteilichen Ausscheidung erworben werden. Möglich, dass neben Rudolph Giuliani und Mitt Romney auch Hillary Clinton diese Lektion auf die harte Art lernen muss.

Anmerkungen

- 1 Federal Election Commission zitiert nach New York Times vom 22.2. 2008.
- 2 Dieses Muster war nicht nur in den USA sichtbar. Exemplarisch dafür eine Sendung der ARD (7.2.08 24.00-00:45 Uhr) zum Super-Dienstag. Während im Obama-Portrait nur Fürsprecher des schwarzen Senators zu Wort kamen, erhielt im anschließenden Clinton-Portrait einer der eingefleischtesten und fragwürdigsten Kritiker der New Yorker Senatorin, der schleimige Politikberater Dick Morris, Gelegenheit, seine voreingenommenen Ansichten minutenlang zu verbreiten.
- 3 Der Vergleich mit Clintons Chefstrategen Mark Penn, der im selben Monat \$ 3.8 Mio. für sein Team erhielt, hinkt, da die Kampagnen Ausgaben unterschiedlich verbuchen.
- 4 Ein ähnliches Bild bei den Republikanern. Bei McCain spendeten 37% aller Spender den Höchstbetrag, bei Huckabee nur 24.
- 5 Quelle: International Herald Tribune vom 27.2.2008, S. 5.